

Bern, 31. August 1990

## Investitionen in der DDR

### 1. Momentane Verfassung der DDR-Wirtschaft

In den ersten zwei Monaten nach dem Inkrafttreten der deutschen Wirtschaft- Währungs- und Sozialunion jagten sich die Schreckensmeldungen über die wirtschaftliche Verfassung der DDR. Die Talsohle ist auch heute noch nicht erreicht. Doch nach der Gewissheit, dass die Vereinigung Deutschlands bereits am 3. Oktober zustande kommt und nach dem personellen Wechsel an der Spitze der DDR-Treuhandanstalt scheint die Wende näher gerückt zu sein.

Der neue Treuhand-Chef, der Hösch-Vorstandsvorsitzende Detlev Rohwedder, sprach Ende August von einem zunehmenden "Interesse westlicher Investoren". Er hofft, die 8000 von der Treuhandanstalt verwalteten DDR-Betriebe innert zwei Jahren zu sanieren, zu privatisieren oder zu schliessen. Gohlke, dem Vorgänger Rohwedders, war der schleppende Gang der Privatisierung vorgeworfen worden. Bis Ende August gab es nur für 200 DDR-Unternehmen konkrete Uebernahmeangebote westlicher Partner.

### 2. Investitionsmöglichkeiten in der DDR

Im Dienstleistungsbereich ist der Nachholbedarf enorm gross. Im Vergleich zu westlichen Ländern ist der Anteil des Dienstleistungssektors am BSP der DDR-Wirtschaft sehr gering (DDR 26% / BRD 52%). Günstige Entwicklungschancen bestehen in den Bereichen Tourismus, Gaststätten-gewerbe, Hotellerie, Handel, Finanzdienstleistung, Transport- und Nachrichtenwesen, Handwerk und Reparaturwerkstätten. Grosse Möglichkeiten zeigen sich für Wirtschaftsanwälte und Unternehmensberater, Berufe, die in dem bisherigen planwirtschaftlichen System keinen Platz fanden.

Die Strukturen der DDR-Industrie sind zum grossen Teil veraltet. Ein Fünftel der Produktionsanlagen ist älter als 20 Jahre, mehr als die Hälfte ist reparaturbedürftig. Im Energiesektor sind Investitionen dringlich geboten, um die sehr hohe Umweltbelastung zu senken. Vier Fünftel des Energiebedarfs der DDR wird heute durch Braunkohle gedeckt, wobei Entschwefelungsanlagen in der Regel fehlen. Neben dem grossen Investitionspotential stellt die Umweltverschmutzung ein grosses Hindernis für den Erwerb von bestehenden Produktionsstätten dar, weil die Haftung für die Umweltschäden nicht klar geregelt ist. Zwar sieht das DDR-Recht für den Erwerber die Möglichkeit einer Freistellung von der Haftung vor, die Voraussetzungen dazu sind aber nicht genau definiert.

Ein erheblicher Nachholbedarf an Investitionen besteht im **Bausektor und im Bereich der Infrastruktur**. Die auf ein minimales Niveau heruntersubventionierten Mieten haben Wohnungsbestand und Bausubstanz zunehmend ausgezehrt. Für die nächsten Jahre ist ein enormer Bauboom zu erwarten. Das Strassen- und Schienennetz der DDR ist relativ dicht, doch häufig in dürftigem Zustand. Eine **Modernisierung der Verkehrswege ist vordringlich** und bietet breite Investitionsmöglichkeiten. Vermutlich wird dabei die Chance vertan, in erster Linie das Bahnnetz zu modernisieren und auszubauen. Wirtschaftliche Kreise drängen auf eine schnelle Instandstellung des Strassennetzes. Ebenso sind für den Telekommunikationsbereich immense Investitionen zu erwarten. So sind heute weniger als 20% der DDR-Haushalte mit einem Telefon ausgestattet. Das gesamte Netz ist veraltet und total überlastet.

### 3. Investitionsfördernde Massnahmen der deutschen Regierung

Ungeklärte Eigentumsfragen, vorallem für Grundstücke, stellen das Haupthindernis für Investitionen dar. Aus diesem Grund hat die DDR-Regierung die Frist zur Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche verkürzt und auf den 13. Oktober festgelegt. Indessen ist noch nicht klar bestimmt, nach welchen Kriterien die Ansprüche behandelt werden sollen. Fehlende Grundbücher erschweren die Aufgabe in ungeheurem Mass.

Im deutsch-deutschen Einigungsvertrag sind staatliche Investitionsförderungen von bis zu 33% vorgesehen. Diskutiert wird die Erstreckung der steuerlichen Vorzugsbehandlung West-Berlins auf das Gesamtgebiet der DDR.

#### 4. Ausländische Investitionen in der DDR

Westdeutsche Unternehmen waren zu 95% an den 2800 Joint Ventures beteiligt, welche in der DDR im ersten Halbjahr 1990 abgeschlossen worden sind. Gegenüber der Treuhandanstalt, die von westdeutscher Hand geführt wird, sind Vorwürfe zu hören, sie berücksichtige zu stark die Interessen der BRD-Wirtschaftskreise. Dazu im Gegensatz stehen die Bemühungen de Maizières, auch nicht-deutsche Unternehmen in die DDR zu holen. Interesse zeigten bis jetzt insbesondere französische, japanische und italienische Unternehmen.

Es ist anzunehmen, dass auf dem Gebiet der heutigen DDR innert 5 - 10 Jahren modernste Industrieanlagen und Dienstleistungsbetriebe stehen werden. Das schon jetzt bestehende Wirtschaftsgefälle zwischen der DDR und den übrigen Staaten des ehemaligen Ostblocks wird sich massiv vergrössern. Die westlichen Investitionen werden sich vorläufig zu einem grossen Ausmass auf das Gebiet der DDR konzentrieren.

#### 5. Schweizerische Investitionen in der DDR

Die Schweiz dürfte zu den Nutzniessern der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands gehören. Sie könnte von der Nähe des gesamtdeutschen Marktes, von der sprachlichen Gemeinsamkeit sowie vom deutschen Bedürfnis nach qualitativ hochstehenden Produkten, insbesondere was die Investitionsgüter betrifft, profitieren.

Mehrere schweizerische Unternehmen haben sich bereits bemüht, in der DDR Fuss zu fassen. Diese Expansion wird zum Teil direkt (z.B. Schindler AG) oder aber durch eine Filiale der Mutterfirma im Ausland (z.B. Nestlé Deutschland, ABB Mannheim) betrieben. Nachfolgend erscheint die Zahl - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - von schweizerischen Unternehmen, die bis Mitte August in der DDR investiert oder konkrete Pläne dazu

- 4 -

hatten. Dabei handelt es sich vorallem um Joint Ventures, die mit DDR-Unternehmen abgeschlossen wurden.

Dienstleistungsbetriebe: Handel/Vertrieb	(23)
Versicherungen	( 6)
Banken	( 3)
Unternehmensberatung	( 3)
Tourismus	( 2)
Transport	( 1)
 Produktionsbetriebe:	
Elektrotechnik	( 5)
Genussmittel	( 4)
Tabakwaren	( 1)
Maschinenbau	( 6)
Chemie	( 5)
Baufirmen	

Die schweizerische Wirtschaft hat sich somit in der DDR bis jetzt zu einem beschränkten Ausmass engagiert. Dabei ist zu bemerken, dass die ganz grossen Geschäfte, die für die schweizerische Wirtschaft von einem gewissen Interesse waren, bereits von westdeutschen Firmen getätigt oder abgesteckt wurden (Banken, Versicherungen, Elektrizitätswirtschaft). Nach der politischen Wiedervereinigung und der Lösung der Eigentumsfragen ist eine zunehmende Investitionstätigkeit der schweizerischen Wirtschaft im Gebiet der DDR zu erwarten. Sie könnte einen wertvollen Beitrag zum Aufbau eines gesunden wirtschaftlichen Mittelbaus - mit kleinen und mittleren Unternehmen - leisten.

Die Schweiz hat mit der DDR weder ein Doppelbesteuerungs- noch ein Investitionsschutzabkommen. Nach der Vereinigung Deutschlands wird das zwischen der Schweiz und der BRD abgeschlossene Doppelbesteuerungsabkommen für das gesamte Deutschland Geltung haben.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSDIENST  
s.C.41.RDA.157.0 - KO/GRF

Bern, 31. August 1990

*✓ C.41. RDA. 111.0*

DG - 3. Sep. 90 - 16

Notiz an die Politische Abteilung I

Offizieller Arbeitsbesuch des Ministerpräsidenten der DDR,  
Lothar de Maizière, in Bern, 10. September 1990

In der Folge Ihres Schreibens vom 3. August 1990 übermitteln wir Ihnen einen Bericht über das Thema "Investitionen in der DDR".

Finanz- und Wirtschaftsdienst



(Alexis P. Lautenberg)

Beilage erwähnt

*DG - 3. Sep. 90 - 16*